



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 3.— Mk., bei Selbstabholung 2.75 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 9.— Mk., für 1 Monat 3.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.) — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 13 003.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Pettizelle 1.25 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle mit Platzvorschrift 1.50 Mk. — Die 7 gespaltene Pettizelle Familiennachrichten 1.10 Mk. Die Reklame-Pettizelle 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Der Termin für den endgültigen Friedensschluß.

### Noch zwei Wochen.

Abermals zwei Wochen bis zur Ratifikation! Noch zwei Wochen, bis die Rückkehr der Kriegsgefangenen beginnen kann. Die Entente-regierungen, und namentlich die Regierung Clemenceaus, haben bisher die Ratifikation gelehrt. Die deutsche Regierung aber hat durch ihre innere und äußere Politik den Entente-regierungen die Hände und die Vorwände dafür gegeben. Auf ihr lastet die Schuld an den durch die Verzögerung der Ratifikation hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden, an der Verzögerung der Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Noch zwei Wochen bis zur Ratifikation — noch zwei Wochen Gasgenfreit für die Regierung, ehe sie sich in der Auslieferungfrage endgültig entscheiden muß. Noch zwei Wochen Frist bis zur Katastrophe, die Hermann Müller in ähnlichen Kassaandrängen ankündigt. Schon mehren sich die Klarnoten in der Presse, die über die Vorgänge im Schoß der Regierung unterrichtet wird. Die Reichs-gesetzgeber für die Auslieferung, weil es für sie eine Existenzfrage ist, ob sie mit der Schuld an der noch weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen befaßt werden können, die Demokraten um der nationalen-Demagogie willen dagegen, das Zentrum geteilter Meinung, das Sprengpulver durch die Auslieferungfrage in die Regierung geworfen — das ist die Situation, wie sie die Presse der Regierungsparteien malt. Und obenoben, daß die Reaktion durch die Reichswehrkommandos die Reichswehr bearbeitet, sich der Auslieferung gewaltsam zu widersetzen.

Noch zwei Wochen, ehe die Parteien der republikanischen Mitte zu zeigen brauchen, ob sie der Reaktion von der äußersten Rechten, den preußisch-deutschen Nationalisten, der Villa Hellverich mehr als Widerstreben entgegenzusetzen imstande sind.

Inzwischen aber tut die Regierung der republikanischen Mitte gegen rechts wie immer — nichts. Sie hat mehr zu tun. Sie muß den Kampf gegen links, gegen die Arbeiterschaft führen.

Paris, 1. Januar. Wie die Morgenpresse meldet, hat gestern nachmittags in der Maison de la Presse die erste Zusammenkunft der Kommission Simon und der alliierten Vertreter zur Regelung der Fragen über das Inkrafttreten des Friedensvertrags stattgefunden. Von französischer Seite war General Peroud, von englischer Seite Renne, von italienischer Seite Savia anwesend. Von deutscher Seite nahmen an den Verhandlungen Ministerialdirektor v. Simon, Geheimrat Göppert, Graf Verchenfeld, Geheimrat Eder, Major v. Michelen und Major v. Witticher teil.

Der Temps berichtet: Die Vertreter Deutschlands berieten sich auf die Bestimmungen des Friedensvertrags, die die deutsche Gerichtsbarkeit in den den Volksabstimmungen unterworfenen Gebieten zunächst in Kraft lassen bis zu dem Augenblick, wo die Volksabstimmung stattfindet. Die deutschen Vertreter erklärten also, daß diese Volksabstimmungsgebiete der deutschen Jurisdiktion unterworfen bleiben müßten. Daraus würde sich im besonderen ergeben, daß die dort wohnenden Personen wegen Landesverrats vor das Reichsgericht in Leipzig gestellt werden könnten. Das aber, meint das Blatt, wäre unvereinbar mit der lokalen Vorbereitung einer Volksabstimmung. Die Alliierten würden die widerrechtliche Auf-fassung der deutschen Vertreter natürlich nicht zulassen; aber die deutschen Vertreter hätten sich vorbehalten, wenn sie es für nützlich befinden, die Ansicht ihrer Regierung, ja sogar die Ansicht der deutschen Nationalversammlung, zu hören.

Zeit Veriffen meldet, man erwarte die Antwort der deutschen Regierung in bezug der schriftlich hinterlegten Zugeständnisse der Alliierten in der Scapa-Flow-Angelegenheit. Generalsekretär Dutasta und Freyherr v. Keraner hätten den 5. Januar nur als möglichen Tag des Inkrafttretens des Friedensvertrags ins Auge fassen können. Es sei aber heute schon fast sicher, daß dieses Datum überschritten werden würde. Hinsichtlich des kritischen Verhältnisses der Abstimmungsgebiete soll General Peroud alle Fragen so lösen, daß spätere Veränderungen ausgeschlossen seien. Das sei ein weiterer Grund, anzunehmen, daß der Austausch der Ratifizierungsurkunden nicht vor dem 10. ja selbst 12. Januar, erfolgen dürfte. Saint Brice behauptet im Journal, General Peroud plane noch etwa zehn Tage zu bedürfen, um die vielen juristischen, admini-strativen und militärischen Einzelheiten für die Überleitung der Verwaltung in den Abstimmungsgebieten zu regeln.

### Nach dem Friedensschluß.

Paris, 31. Dez. Der Oberste Rat der Alliierten hörte heute morgen Dutasta, der über seine Unterredung mit Freyherrn v. Keraner Bericht erstattete, sowie General Peroud, der über die Verhandlungen zwischen den alliierten Vertretern und der von Simon präsiidierten Delegation berichtete. Der Rat einigte sich über alle Maßnahmen, die bezüglich des Inkrafttretens des Friedensvertrages vor dem 6. Januar, dem Tage, der für den Austausch der Ratifikation in Aussicht genommen ist, getroffen werden müssen. Der Rat beschloß ferner, daß der Schutz der Angehörigen der Gebiete,

in denen Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen, im Auslande derjenigen Macht zufalle, deren Vertreter der Abstimmungs-kommission des betreffenden Gebietes präsidieren. Der Rat entschied, daß der Unterhalt der Besatzungstruppen in den Abstimmungs-gebieten jeder an der Besatzung teilnehmenden Macht obliegt. Die Rückstattung der Kosten soll durch die Macht erfolgen, der das Abstimmungsgebiet zugesprochen wird. Sofort nach Inkrafttreten des Friedensvertrages soll die deutsche Regierung die 102 000 Tonnen Schwimmböcke abliefern. Der Rest des abzuliefernden Materials ist innerhalb einer Frist von 30 Monaten abzuliefern.

### Die englische Besichtigungskommission.

Die englische Besichtigungskommission ist am Mittwoch in Hamburg eingetroffen. Sie hat sich gestern vormittags in Kraftwagen nach Kiel begeben, um über die dortigen Schwimmböcke usw. Feststellungen zu machen.

### Gegen die Opposition.

Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einem Telegramm des Berliner Tageblatts heißt Winnig Oberpräsident von Ostpreußen. Die rechtssozialistische Königsberger Volkszeitung stellt fest, daß die Überberufung Winnigs und sein Ausschluß aus der Partei nur von dem Verein Tüftel gefordert worden sei, nicht vom Bezirksvorstand. Immerhin steht fest, daß auch der Bezirksvorstand in der Volkszeitung einen Aufruf erließ, in dem er sich gegen die Aufforderung Winnigs zur Bildung eines nationalen Abwehrbündes gegen die der Provinz angeblieh drohenden äußeren Gefahren wandte. Darin war unter anderem im Hinblick auf Winnig von Phantasten die Rede, die entweder nie Politiker gewesen seien, oder den Boden der Tatsachen unter den Füßen verloren hätten.

### Ein Verfahren gegen Scheidemann.

Berlin, 2. Januar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nachdem Scheidemann erklärt hat, er habe wegen der Behauptung von der Aushebung eines Koppreises auf die Ermordung Liebknechts ein Verfahren nicht gegen sich, sondern gegen Sonnenfeld beantragt, richtet jetzt dieser eine offene Aufforderung an Scheidemann, gegen sich selbst ein Ermittlungsverfahren einleiten zu lassen. Er erklärt zugleich, den Staatsanwalt namhaft machen zu wollen, der ihm seinerzeit mitgeteilt habe, Scheidemann und Ellarz hätten 100 000 Mark auf die Ermordung Liebknechts ausgelegt.

Bemerkenswert ist, was das Berliner Tageblatt im Ver-schluß an diese Mitteilung schreibt: „Wir haben uns mit der ganzen unerfreulichen Affäre nur höchst ungern befaßt, in der Erwartung, daß recht bald volle Klarheit über die Sache geschaffen werden würde. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Als man Unregelmäßigkeiten bei der Propaganda für die Sparprämienanleihe festgestellt zu haben glaubte, wurde sofort eine amtliche Untersuchungskommission eingesetzt. Es gilt nun, daß man auch nicht zögern sollte, die Affäre Ellarz vor eine solche Kommission zu bringen. Das ist um so notwendiger, als das von Scheidemann gegen Sonnenfeld (Sohn) beantragte Ermittlungsverfahren praktisch ja gegenstandslos ist, da sich Sonnenfeld (Sohn) im Ausland befindet.“

### Die Forderung nach der Veröffentlichung der französischen Kriegsdokumente.

Populaire schreibt bei Besprechung des neuen Gelbbuchs über die französisch-italienischen diplomatischen Verhandlungen in den Jahren 1900 bis 1902 u. a.: Was uns heute interessieren würde, das sind nicht die Abkommen über Marokko und Tripolis, sondern die Abkommen, die während des Krieges zwischen den Alliierten abgeschlossen wurden und die den Einfluß auf die Entwicklung des Konfliktes ausgeübt haben. Dant der Sowjet sind einige von ihnen veröffentlicht, aber wir wissen, daß die Archive von Petersburg eines Teils ihres Inhalts durch die Minister des Jaren verbrannt wurden, und daß ein anderer Teil während der gemäßigten Revolution verschwunden ist. Ein Gelbbuch, das zu lesen sich lohnte, würde das sein, das die Dokumente enthält, die von 1912 bis 1914 zwischen Paris, London und Petersburg ausgetauscht wurden, sowie die Depeschen, die von 1914 bis 1918 über die verschiedenen politischen Gegenstände zwischen den Kabinetten der Entente gewechselt wurden. Niemand denke daran, sie zu veröffentlichen. Das Land habe jedoch ein Recht, sie kennen zu lernen. Wenn die sozialistische parlamentarische Gruppe Ausklärungen nach dieser Richtung verlangen würde, so würde das einen Tumult in der Kammer hervorrufen, aber das französische Proletariat würde diesem Vorschlage Beifall zollen. Hätten nicht alle sozialistischen Kandidaten die Geheimdiplomatie verurteilt?

### Das Betriebsrätegesetz.

Am 13. Januar beginnt in der Nationalversammlung in Berlin die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte. Ein letzter Schlag gegen den Rest der revolutionären Rätebewegung in Deutschland soll geführt werden. Nachdem die Arbeiterräte, die politischen Organe der proletarischen Revolution zum großen Teil verschwunden sind, und zum andern Teil, soweit sie noch weiter vegetieren, zu Organen geworden sind, deren Zweck nichts weniger als revolutionär ist, indem sie der bürgerlichen Verwaltung die Arbeit erleichtern und ihr zu einem Teil die Verantwortung abnehmen, sind die Betriebsräte, wie sie im Verlaufe der Revolution von der Arbeiterschaft geschaffen und ausgebaut worden sind, der letzte Rest der revolutionären Rätebewegung. Diese Betriebsräte haben sich in vielen Gegenden Deutschlands in wichtigen Industriegruppen in schwierigen und harten Kämpfen achtunggebende Positionen errungen. In ihnen kommt zu einem guten Teil die wirkliche Macht der Arbeiterschaft zum Ausdruck. Ihr Wirken hat den Betrieben, wo sie wirklich bedeutenden Einfluß haben, die das Machtbewußtsein der Arbeiterschaft dem Unternehmertum gegenüber mächtig gestärkt. Diese Betriebsräte sind die Elemente, auf denen sich eine neue revolutionäre Rätebewegung der deutschen Arbeiterschaft aufbauen wird.

Die bürgerliche Gesellschaft, die regierenden Parteien jenseit deshalb in den revolutionären Betriebsräten, und nun gar erst in dem Versuch ihrer Zusammenfassung eine überaus gefährliche Bedrohung, sie fürchten sie ebenso sehr, wie sie in der ersten Zeit der Revolution die politischen Arbeiterräte gefürchtet haben. Daher der Versuch, durch die Schaffung eines Gesetzes über die Scheinbetriebsräte, das in Wahrheit ein Gesetz gegen die Betriebsräte ist, dem Wirken der wirklich revolutionären Betriebsräte ein Ende zu machen und dem Versuch, sie erneut ins Leben zu rufen und ihr Wirken im sozialistisch revolutionären Sinne auszu-tauschen, eine Schranke entgegenzusetzen.

Am diesem Gesetz und an seiner Veränderung im Laufe der Monate spiegelt sich das Erstarken der Gegenrevolution in Deutschland. Die Vorläufer des Gesetzes, die Verordnungen und Vereinbarungen der Regierung über die Betriebsräte hatten ihren Ursprung in der Furcht vor dem kämpfenden Proletariat. Als seinerzeit die Regierung Scheidemann brutal ihren Willen aussprach, dem Räte-system überhaupt ein Ende zu machen, als sich die Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen, in Mitteldeutschland und Berlin erhob, um die revolutionären Einrichtungen zu verteidigen und den Beginn der Sozialisierung zu erzwingen, da sah sich die Regierung genötigt, trotz ihrer großsprecherischen Erklärungen, mit den kämpfenden Arbeitern zu pa-kizieren und ihnen die Betriebsräte zuzugestehen. Damals zeigte sich die Schwäche der Nationalversammlung gegen-über der kämpfenden Arbeiterklasse. Sie war für die Regierung keine genügend starke Rückendeckung, als daß diese die Forderungen der Arbeiterschaft glatt hätte abweisen können. Damals gestand die Regierung den Betriebsräten, die sie anerkannte, in den Betrieben selbst Funktionen zu, die weit über das hinausgehen, was jetzt in dem Betriebs-rätegesetz niedergelegt ist. Immerhin waren diese Zuge-ständnisse damals ungenügend, denn die Regierung hielt fest an ihrem Standpunkt, daß die Parität mit dem Unter-nehmertum gewahrt bleiben müsse. Die Zugeständnisse für das kämpfende Proletariat in Mitteldeutschland wie in Berlin auf Grund dieser Zugeständnisse den Kampf abbrechen konnten. Die sächsische Regierung ließ damals der streikenden Leipziger Arbeiterschaft erklären, daß sie die Betriebs-räte anerkennen wolle, daß sie ihnen in allen Fragen der Betriebsführung, der kaufmännischen und technischen Angelegenheiten ein Mitrederecht zugesteh, daß sie für befugt halte, in allen Fragen der Produktion und des Ab-satzes mitzureden und Einsicht zu nehmen in alle Geschäftsbücher ihres Betriebes. Während damals also der Arbeiterschaft das Recht zugestanden wurde, sich alle geschäftlichen Angelegenheiten ihres Betriebes restlos offenlegen zu lassen, gibt das Betriebsrätegesetz, wie es heute vorliegt, ihnen nicht einmal das Recht, sich eine Bilanz nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs vorlegen zu lassen. Daran zeigt sich in der Tat, wie stark seitdem die Gegen-revolution in Deutschland geworden ist.

Je mehr der Druck der Klassenbewußten Arbeiterschaft nachließ, um so mehr wurden die Zusagen der Regierung